



Kosovo

Landesstrategie 2013–2020

Impressum:

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Sektion VII – Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
Minoritenplatz 8, 1014 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)501150 – 4454
Fax: +43 (0)501159 – 4454
abtvi4@bmeia.gv.at
www.entwicklung.at

Die Landesstrategie wurde verfasst von

- Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten,
Sektion VII – Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
- Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit, Pristina
- Austrian Development Agency, Wien

Wien, September 2013

Bestellung:

Austrian Development Agency (ADA),
die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
Information und Öffentlichkeitsarbeit
Zelinkagasse 2, 1010 Wien, Österreich
oeza.info@ada.gv.at, www.entwicklung.at

Titelbild: © ADA/Faton Krasniqi

Abkürzungsverzeichnis

ADA	Austrian Development Agency
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Lebensministerium)
BMLVS	Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
BMUKK	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
BMWF	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
EU	Europäische Union
EULEX	Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FDI	Foreign Direct Investment
IPA	Instrument for Pre-Accession
KESP	Kosovo Education Strategic Plan
KFOR	Kosovo Force
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
LED	Local Economic Development
M4P	Making Markets Work for the Poor
MAFRD	Ministry of Agriculture, Forestry and Rural Development
MCR	Ministry for Communities and Returns
MDGs	Millennium Development Goals
MEI	Ministry for European Integration
MESP	Ministry for Environment and Spatial Planning
MEST	Ministry of Education, Science and Technology
MTEF	Mid-Term Expenditure Framework
MTI	Ministry of Trade and Industry
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NRO	Nicht-Regierungsorganisation
OECD/DAC	Organization for Economic Co-operation and Development/Development Assistance Committee
OEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
OPM	Office of the Prime Minister
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNKT	United Nations Kosovo Team

Landesstrategie Kosovo

Die engen, historisch gewachsenen Beziehungen Österreichs mit dem Balkanraum bleiben ein wesentlicher Faktor der österreichischen Außenpolitik. Die Integration in die Europäische Union ist Ziel aller Staaten der Region, die Fortschritte im Prozess der Annäherung der einzelnen Staaten an deren Strukturen sind jedoch sehr unterschiedlich. Nach der bewegten jüngeren Vergangenheit des Westbalkans ist es gerade für Österreich als freundschaftlicher Nachbar ein wichtiges Anliegen, diese Länder auf ihrem Weg der Transition zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Marktwirtschaft zu unterstützen.

Die Heranführung der Staaten des Westbalkans an die EU stellt eine große Herausforderung dar. Die EU-Erweiterung als Friedensprojekt ist aber gerade in dieser von jahrzehntelangen Konflikten und Krisen erschütterten Region von größter Wichtigkeit. Trotz langjähriger umfassender internationaler Präsenz ist eine dauerhafte Stabilisierung noch nicht erreicht. Umso wichtiger ist die europäische Perspektive für die Länder der Region. Die sozioökonomischen, innen- und außenpolitischen Herausforderungen für die Region sind signifikant, aber nicht unüberwindbar.

Österreich unterhält zum Kosovo, einst ärmste Region des ehem. Jugoslawiens und seit der Unabhängigkeitserklärung 2008 der jüngste Staat Europas, ausgezeichnete bilaterale Beziehungen. In Österreich leben zehntausende aus dem Kosovo stammende Menschen, die aktiv zur Festigung der engen politischen, sozialen und ökonomischen Bande beitragen. Die Staatsbildung im Gefolge der Desintegration Jugoslawiens und der Kosovokrise wurde von Österreich von Anfang an unterstützt, sowohl bilateral als auch als Teil der internationalen Gemeinschaft. Die österreichische Wirtschaft spielt als Direktinvestor eine besonders aktive Rolle.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) ist in Kosovo seit 2003 mit einem Verbindungsbüro, und seit 2008 mit einem eigenständigen Koordinationsbüro¹ der Austrian Development Agency (ADA), des operativen Arms der OEZA, vertreten. Diese Strategie erstreckt sich auf den Zeitraum 2013–2020.

Strategische Ziele der Zusammenarbeit

Österreich ist entschiedener Unterstützer der europäischen Perspektive Kosovos. Die langjährige Kooperation im Rahmen der OEZA, die österreichische Beteiligung an den im Lande tätigen internationalen Organisationen, sowie reger Austausch auf politischer, institutioneller und kultureller Ebene tragen maßgeblich zur weiteren Stärkung der bilateralen Beziehungen bei.

Entwicklungszusammenarbeit als integraler Teil des österreichischen Engagements in Kosovo fördert insbesondere den Aufbau nachhaltiger Institutionen des jungen, in vielen Bereichen noch fragilen Staates². Der österreichischen Wirtschaft kommt hierbei besondere

¹ „Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit – Österreichische Botschaft Pristina“

² Eines der drei Schwerpunktthemen des Dreijahresprogramms der OEZA schließt die besondere Berücksichtigung der OECD-DAC Prinzipien für internationales Engagement in fragilen Staaten und Situationen ein. Siehe auch OECD-DAC Bericht: <http://www.oecd.org/dac/incaf/FragileStates2013.pdf>

Bedeutung zu. Die Einbeziehung österreichischer Unternehmen soll Win-win-Situationen schaffen, zum nachhaltigen Nutzen für die Menschen beider Länder. Ebenso sollen im Rahmen von OEZA-Programmen und -projekten in Kosovo auch Synergieeffekte mit österreichischen Bildungseinrichtungen und anderen Stellen des öffentlichen Dienstes sowie privaten Initiativen genutzt werden.

Die Landesstrategie 2013–2020 baut auf den Ergebnissen und Erfahrungen der bisherigen Aktivitäten in Kosovo auf. Die Ausarbeitung der Strategie erfolgte durch ständigen Dialog und programmatische Abstimmung mit dem Partnerland und internationalen Akteuren, entsprechend der Bedürfnisse und Prioritäten des Landes, und der Möglichkeiten, Expertise und Kapazitäten der OEZA.

Oberziele der Aktivitäten der OEZA in Kosovo sind:

- Armutsminderung durch ökologisch nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung
- Friedenssicherung und menschliche Sicherheit durch Stärkung rechtsstaatlicher demokratischer Strukturen und die Sicherstellung der Rechte nationaler Minderheiten
- Förderung der europäischen und regionalen Integration Kosovos.

Die Entwicklungskooperation Österreichs mit Kosovo fußt auf dem EZA-Gesetz, dem jeweils aktuellen Dreijahresprogramm der OEZA, dem Vertrag zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Kosovo über Entwicklungszusammenarbeit, sowie den internationalen Verpflichtungen Österreichs, die sich beispielsweise aus den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs), der Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit sowie den Erklärungen der Folgekonferenzen, oder der EU Agenda for Change ergeben.

Maßgeblich sind auch entwicklungspolitisch relevante Strategiedokumente der Regierung des Kosovo wie der Mid-Term Expenditure Framework (MTEF) 2013–2015, das “Program 2011–2014: Vision and Priorities for Economic Development” und die jeweiligen sektorspezifischen nationalen Strategiepapiere. Staatliche Stellen auf zentraler³ wie lokaler Ebene sind wie die Zivilgesellschaft und internationale Geber wichtige strategische Partner der OEZA.

Schwerpunkte der Landesstrategie

- Sektorschwerpunkt Wirtschaft und Entwicklung – Fokus Ländlicher Raum
- Sektorschwerpunkt Bildung – Fokus Hochschulbildung
- Querschnittsbereich Governance

Darüber hinaus finden auch Grundsätze der Geschlechtergleichstellung sowie des Schutzes der Umwelt größtmögliche Anwendung und Berücksichtigung als Querschnittsthemen der programmatischen Umsetzung.

³ Unter anderem: MAFRD, MCR, MEI, MESP, MEST, MTI, OPM.

Schwerpunktsektor Wirtschaft und Entwicklung – Fokus Ländlicher Raum

Kosovo ist agrarisch geprägt, dominiert von kleinbäuerlichen Subsistenzbetrieben und unterkapitalisierten privaten Kleinunternehmen. Armutsminderung und die dafür notwendige wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum setzen die Entwicklung eines modernen, wettbewerbsfähigen Privatsektors voraus, der den Herausforderungen sich rasch ändernder globalisierter Märkte gewachsen ist⁴.

Für die dafür notwendige Verbesserung des allgemeinen Wirtschaftsklimas und die Anziehung von in- und ausländischen (FDIs) Investitionen sind verstärkt strukturelle, institutionelle, soziale und demokratiepolitische Reformen erforderlich. Die sozio-ökonomische Stabilisierung des Landes erfordert insbesondere Rechtsstaatlichkeit, Schutz und Förderung wirtschaftlicher und sozialer Menschenrechte, soziale Kohäsion, eine moderne Infrastruktur, professionelle Ausbildung und eine aktive Zivilgesellschaft.

Die Entwicklung von Kapazitäten von privaten und öffentlichen Akteuren zur Förderung privatwirtschaftlichen Engagements sind wichtige Anliegen des österreichischen Engagements, die mit verschiedenen Finanzierungsinstrumenten unterstützt werden. Der Förderung von KMUs als Voraussetzung für steigenden Wohlstand, lokale Innovationen und die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen spielt dabei eine wichtige Rolle.

Schließlich misst die OEZA auch der Stärkung dezentraler Strukturen im Kosovo besondere Bedeutung zu. Die Unterstützung institutioneller Kapazitäten auf lokaler Ebene ist eine notwendige Ergänzung zu Maßnahmen zentraler Stellen und für die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Verantwortlichkeit der öffentlichen Verwaltung in semi-ruralen und ruralen Gebieten besonders wichtig. Der dem Subsidiaritätsprinzip folgende Bottom-up-Ansatz bewährte sich in den bisherigen Projekten der OEZA zur Entwicklung des ländlichen Raumes und soll, den jeweiligen Rahmenbedingungen angepasst, fortgeführt werden.

Durch Kapazitätenentwicklung sollen die Dienstleistungen der lokalen Verwaltung insbesondere im semi-ruralen und ruralen Bereich an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst, die aktive Teilnahme der Zivilgesellschaft an Planungs- und Entscheidungsprozessen gestärkt und der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen verbessert werden.

Schwerpunktsektor Bildung – Fokus Hochschulbildung

Kosovo hat die jüngste Bevölkerung Europas. Zwar verringert sich die Geburtenrate langsam, doch ist der Altersdurchschnitt im europäischen Vergleich mit 27,1 Jahren noch immer sehr niedrig (Österreich: 43,4). In den kommenden Jahren wird sich der Druck auf das Primär- und Sekundärschulwesen allmählich verringern, der Andrang auf universitäre Ausbildungseinrichtungen aber ungemindert anhalten. Grund dafür ist neben der großen Zahl von Jugendlichen auch der allgemeine Trend zum Hochschulstudium. So stieg die Zahl der

⁴ Die besondere Rolle des Privatsektors wird in mehreren Grundsatzdokumenten anerkannt, zuletzt im Busan Global Partnership for Effective Development sowie der EU-Strategie für eine Agenda für den Wandel.

Studierenden seit 2006 von ca. 45.000 (davon 33.000 Universität Pristina; Universität Mitrovica Nord nicht eingerechnet) auf ungefähr 100.000–115.000 zu Beginn 2013.⁵

Die Jugend hat ein Recht auf Bildung, Arbeit und gerechte Arbeitsbedingungen. Vor dem Hintergrund einer Jugendarbeitslosigkeit von rund 70 %⁶ versucht die OEZA in ihren Bildungsprogrammen, durch die Unterstützung entsprechender institutioneller und struktureller Maßnahmen zur systemischen Modernisierung und qualitativen Verbesserung des Bildungs- und Forschungswesens die Chancen der Absolventinnen und Absolventen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Auch hier gilt spezielles Augenmerk Frauen, nationalen Minderheiten und sozial benachteiligten Menschen.

Investitionen in das Bildungssystem stärken Innovationsfähigkeit, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Landes und tragen über die damit verbundenen Beschäftigungseffekte dazu bei, die Abwanderung von gut ausgebildeten Menschen (Brain Drain) zu verhindern. Bessere Ausbildung trägt wesentlich zur Steigerung der Attraktivität des Kosovo als Wirtschaftsstandort bei. Innovation als treibende Kraft für wirtschaftliche Entwicklung soll auch auf systemischer Ebene gefördert werden, um den ökonomischen Herausforderungen der europäischen Integration besser gewachsen zu sein.

Im Rahmen der österreichischen Kooperation werden vor allem Reformen zur Institutionalisierung und Modernisierung des kosovarischen Hochschul- und Forschungswesens unterstützt, um dieses an europäische Normen und Strukturen, wie den Europäischen Hochschulraum, heranzuführen. Die Grundsätze guter Regierungsführung sind hier von besonderer Wichtigkeit.

Die Kooperation mit öffentlichen Universitäten und den zuständigen Verwaltungsstrukturen im Bildungswesen wird daher auch weiterhin einen zentralen Platz einnehmen. Die bewährte und erfolgreiche Kooperation mit anderen maßgeblichen österreichischen Stellen, insbesondere dem BMWF, wird fortgesetzt.

Die OEZA wird ihr Engagement insbesondere im Bereich der Qualitätssicherung im Bildungssektor verstärken und flexibel auf sich verändernde Rahmenbedingungen reagieren. Kapazitäten auf zentraler wie auf lokaler Ebene sollen - den Vorgaben der nationalen Bildungsstrategie KESP 2011–2016 und der EU-Integrationsagenda folgend und auf die in den vergangenen Jahren im Bereich Bildung angesammelte Erfahrung aufbauend – nachhaltig verbessert werden. Der Wirkungsbereich der OEZA soll außerdem durch die gemeinsame Erarbeitung von alternativen Finanzierungs- und Umsetzungsmodalitäten mit anderen Partnern erweitert werden.

Querschnittsthema Governance

Governance im Sinne der transparenten, partizipatorischen und rechenschaftspflichtigen Regierungsführung und der effizienten Verwaltung menschlicher, natürlicher und finanzieller Ressourcen bildet die Grundlage für nachhaltige menschliche Entwicklung. Die politische und institutionelle Verankerung der Menschenrechte und deren Umsetzung, gleichbe-

⁵ Quelle: Angaben des MEST und des nationalen Tempus Büros – öffentliche Universitäten 76.000-77.000 (inkl. ca. 14.000 Mitrovica Nord), private Anbieter von Hochschulbildung ca. 35.000 Studierende. Gesichertes Zahlenmaterial ist noch nicht erhältlich.

⁶ Quelle: UNICEF Kosovo.

rechtigte demokratische Mitbestimmung und Rechtsstaatlichkeit sind Voraussetzung für Armutsminderung und politische und soziale Stabilität und Sicherheit.

Fortschritte auf diesen Gebieten führen zu erhöhtem Steueraufkommen, zur Verbesserung des allgemeinen Wirtschafts- und Investitionsklimas und stärken damit das Vertrauen in die Zukunft des Landes. Nur auf Basis dieses Vertrauens können inländische Ressourcen mobilisiert, ausländische Direktinvestitionen angezogen und Kapitalabflüsse, Landflucht und Brain Drain verhindert bzw. gemindert werden.

Transparenz, die Bekämpfung von Korruption und Misswirtschaft sowie die Stärkung des Vertrauens in die eigenen staatlichen Institutionen sind wichtige Elemente der Rechtsstaatlichkeit. Erhöhte Identifikation des Einzelnen mit dem Gemeinwesen verringert auch die Toleranz gegenüber Missbrauch und stärkt die Machtkontrolle. Einer aktiven, informierten und kritischen Zivilgesellschaft kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu.

Gerade in einem noch fragilen und in Konsolidierung begriffenen Staatswesen wie Kosovo ist die Beachtung der Prinzipien der guten Regierungsführung, wie auch im Regierungsprogramm Kosovos 2011–2014 verankert, von grundlegender Bedeutung.

Besonderes Augenmerk wird in diesem Zusammenhang auch auf die Förderung der aktiven Beteiligung von Frauen und marginalisierter und verletzlicher Gruppen an politischen und sozialen Entscheidungsprozessen gelegt. Die Achtung der verfassungsrechtlich garantierten Rechte ethnischer Minderheiten und deren soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion zur Stärkung der innenpolitischen Stabilität ist ein wichtiges Anliegen dieser Strategie.

Governance ist integraler Teil des OEZA-Engagements, in der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung wie auch im Zusammenhang mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches und zivilgesellschaftliches Handeln.

Querschnittsthema Geschlechtergleichstellung

Die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen ist vor dem Hintergrund der sehr ungleichen Teilnahme von Frauen am wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben sowohl Zielsetzung wie auch Instrument der OEZA im Kosovo. Neben der spezifischen Betonung der Geschlechtergleichstellung in den Schwerpunktsektoren wird auch der komplementären Förderung der systemischen Vernetzung von Frauen im Kosovo besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Querschnittsthema Umwelt

Kosovo hat mit schwerwiegender Umweltverschmutzung zu kämpfen. Die hohen Belastungen von Luft, Boden und Wasser stellen ernstzunehmende Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung dar. Umweltaspekten wird daher auch in den Sektor-Programmen der OEZA gebührende Beachtung gewidmet: Im Rahmen der Privatsektor-Entwicklung im ländlichen Raum wird besonderes Augenmerk auf bodenschonende Landwirtschaft, Abfall- und Abwasserversorgung, Energieeffizienz und Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen gelegt. Im Bereich Bildung werden die nationalen Kapazitäten in der Umwelterziehung gestärkt.

Umsetzung und Koordinierung

Die Planung und Umsetzung der Kooperation der OEZA mit Kosovo folgt den Grundsätzen maßgeblicher internationaler Konventionen wie der Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und den Erklärungen der Folgekonferenzen von Accra und Busan. So unterstützen die OEZA-Programme gemäß den Prinzipien von Alignment und Ownership den Aufbau der öffentlichen Strukturen und Institutionen des Partnerlandes. Durch umfassenden Dialog und vermehrte Übertragung von Verantwortung an lokale Partner sollen die entsprechenden Kapazitäten auf nationaler und lokaler Ebene – auch im Sinne der europäischen Integrationsagenda Kosovos – gestärkt und modernisiert werden.

Die Harmonisierung der OEZA mit den Programmen anderer Geber, internationaler Organisationen (UN-Agenturen etc.) und der lokalen Zivilgesellschaft ist ein spezifisches Anliegen. Die Harmonisierungsmaßnahmen sollen nicht nur zu besserer Abstimmung in der Planung führen, sondern zunehmend auch in der Programmumsetzung und in gemeinsamen Finanzierungsmodalitäten zum Tragen kommen. Finanzkooperationen mit der EK, der Schweiz und Schweden sind beispielgebend und können auf andere „like minded countries“ erweitert werden. Neben fachlicher Kooperation soll auch die Beteiligung an Sektor- bzw. Korbfinanzierungen oder Trustfundmodellen dazu beitragen, Transaktionskosten zu verringern und bessere Ergebnisse zu erzielen.⁷

Neben dem bilateralen Dialog zwischen Österreich und Kosovo ist auch der Austausch in sektorspezifischen Arbeitsgruppen wichtig. An diesen nehmen neben kosovarischen Institutionen und internationalen Partnern auch zivilgesellschaftliche Organisationen teil. Die OEZA will auch weiterhin eine aktive Rolle in diesem Dialog spielen und zur Stärkung und Aufwertung der Arbeitsgruppen beizutragen. Österreichisches Know-how soll auch zunehmend dazu genutzt werden, Projekte im Rahmen der Instrumente der Europäischen Union (IPA etc.) umzusetzen.

Indikativ gilt mit Stand 2013 ein jährliches Budget von mindestens 2 Millionen Euro. Hinzu kommen Mittel aus anderen Budgetlinien der ADA (Regional-, NRO-Projekte, Wirtschaftspartnerschaften) sowie die Umsetzung von Drittmitteln.⁸

Kohärenz und komplementäre Instrumente der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

Die Interventionen der OEZA in Kosovo sind auf die Bedürfnisse des Partnerlandes ausgerichtet und werden in enger Kooperation mit den nationalen Stellen erarbeitet.

Österreich ist mit zahlreichen öffentlichen und privaten Stellen im Land vertreten, teilweise im Rahmen der internationalen Präsenz. Das Österreichische Bundesheer ist mit seinem Kontingent bereits seit einigen Jahren größter Nicht-NATO-Truppensteller der KFOR.

⁷ 2013 laufen oder sind geplant Kooperationen mit der EU, UNICEF, UNDP, OSZE. Inhaltliche Zusammenarbeit erfolgt mit anderen relevanten UN-Agenturen, UNKT, der Weltbank, EULEX et al.

⁸ Die offizielle ODA Österreichs an Kosovo für 2011 betrug 9,1 Millionen Euro, etwa 2,6 Millionen Euro wurden von der ADA umgesetzt.

Im Sinne eines Whole of Government-Ansatzes sollen die Aktivitäten öffentlicher Akteure der Republik Österreich, die in Kosovo in den Wirkungsbereichen der Landesstrategie tätig sind, in kohärenter Weise zusammengeführt werden.

Besonderer Wert wird dabei auf die enge Abstimmung und Kooperation mit den in Kosovo tätigen Bundesministerien gelegt:

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWFW), dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFWJ), dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK), dem Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVS), dem Bundesministerium für Inneres (BMI), dem Bundesministerium für Finanzen (BMF) und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW).

Darüber hinaus dient das OEZA-Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit auch als Informationsstelle für andere österreichische Akteure, insbesondere für österreichische NROs und Wirtschaftsunternehmen, v. a. in Fragen betreffend Finanzierungsinstrumente der ADA (NRO-Kooperation oder Wirtschaftspartnerschaften) und anderer Einrichtungen (z. B. Soft Loans, EU-Twinning etc.).

Schließlich kommt auch der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen eine immer wichtigere Rolle in der Planung und Umsetzung der OEZA-Programme zu.

Diese Landesstrategie wird bei Bedarf an geänderte Umstände oder Entwicklungen angepasst.

Zahlen und Fakten

Name	Republik Kosovo
Fläche	10.887 km ²
EinwohnerInnenzahl	1,81 Mio. ^① (Zensus 2011: 1,73 Mio. ohne Nordkosovo)
Hauptstadt	Prishtina/Priština (ca. 200.000 EinwohnerInnen) ^①
Bevölkerungsdichte	177,4/km ² ^①
Regionen	Verwaltung auf zwei Ebenen: Zentralstaat und 37 Großgemeinden
Sprachen	Albanisch, Serbisch, daneben noch Türkisch, Bosnisch und Romanes
Religionen	Muslimisch (mehrheitlich sunnitisch), serbisch-orthodox; römisch-katholisch
Nachbarstaaten	Albanien, Montenegro, Serbien, Mazedonien
Lebenserwartung	70 Jahre ^①
BIP gesamt/Kopf	Euro 2.674 ^⑥
BIP-Wachstum	2012: 4,5 % ^① , 2013: 2,9 % ^⑥
Armutsquote	34,5 % mit weniger als 1,72 Euro/Tag; in absoluter Armut mit weniger als 1,20 Euro/Tag: 12,1 % (2012) ^① , (29,7 %/10,2 % 2011) ^⑥
Arbeitslosenrate	ca. 45% ^① ; die reale Quote ist auf Grund der starken Schattenwirtschaft darunter anzusetzen; gemäß der Labour Force Survey der Weltbank/Kosovo Statistisches Büro für die erste Hälfte 2012: 35,1 %.
Inflationsrate	2012: 7,3% ^①
Durchschnittsgehalt im öffentlichen Sektor	368 Euro/Monat ^①
Staatliche Mindestpension	70 Euro/Monat ^①
Exporte / Importe	319.165.000 Euro/2.492.348 Euro (2012) ^①
FDI	178,9 Mio Euro (Q1–Q3/2012), 393,9 Mio Euro (2011) ^②
HDI	0,713/Rang 87 ^③
TI-Corruption Perception Index	105/176 (2012) ^④
Doing Business Index	98/185 (+28 Plätze seit 2012) ^⑤
Gini-Koeffizient	30 (FY05/06) ^⑤

① Statistisches Büro des Kosovo

② Nationalbank des Kosovo

③ UNDP Kosovo

④ Transparency Intern

⑤ IFC/Weltbank

⑥ IWF

Kontaktadressen

Bundesministerium für europäische und auswärtige Angelegenheiten

Sektion VII – Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Minoritenplatz 8, 1014 Wien, Österreich

Tel.: +43 (0)50 11 50 – 4417

Fax: +43 (0)50 11 59 – 4417

E-Mail: abtvii5@bmeia.gv.at

Austrian Development Agency

Referent für Kosovo

Zelinkagasse 2, 1010 Wien, Österreich

Tel.: +43 (0)1 90 3 99 – 0

Fax: +43 (0)1 90 3 99 – 2290

E-Mail: programme@ada.gv.at

Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit

Nazim Hikmet 6, Arbëria/Dragodan 1

10000 Pristina, Kosovo

Tel.: +381 (0)38 248 151

Fax: +381 (0)38 248 154

E-Mail: pristina@ada.gv.at